Informationen Ihrer AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

BWjournal

AUSGABE 17

KAMPF GEGEN DAS AUTO

Der Kampf der Grünen gegen das Auto, insbesondere den Verbrennermotor, nimmt immer größere Ausmaße an. Aus ideologischer Anmaßung heraus wollen sie dem Bürger die Verwendung des Autos immer mehr erschweren und letztlich unmöglich machen. Mit dem Auto in die Stadt fahren oder dort ein Auto zu parken – das ist ihnen ganz besonders ein Dorn im Auge. Sie wollen die Städte, ja am liebsten das ganze Land autofrei machen.

Die drastische Anhebung der Anwohnerparkgebühren wie auch die Dieselfahrverbote in einigen Städten sind Zwischenschritte auf dem Weg zum geplanten EU-weiten „Aus" für Verbrennermotoren ab 2035. **Das Ziel der Landesregierung und der EU lautet rigoros: Abschaffung des Diesel/Benziner-Autos.**

Die Regierung stellt mit Kalkül den Bürger vor die Frage, ob sich für ihn ein Auto überhaupt noch lohnt. Ob der Mehrbelastung bei der jährlichen Anwohnerparkgebühr kommt ein Durchschnittsverdiener mitunter gar in finanzielle Nöte. Auf diese Weise verschwindet das Auto nach und nach aus dem Stadtgebiet, zumal nur besser gestellte Bürger sich kurzer Hand ein Auto leisten können, das nicht vom Dieselfahrverbot betroffen ist.

Das wird die AfD-Fraktion nicht zulassen!

ANWOHNERPARKGEBÜHREN – „DARF'S EIN BISSCHEN MEHR SEIN?"

Die Parkgebühren waren bis 2020 bundesweit auf den Betrag von gut 30 Euro pro Jahr gedeckelt. In jenem Jahr wurde die Begrenzung von der Bundesregierung aufgehoben und die Regelungsbefugnis den Landesregierungen übertragen. Im Anschluss eröffnete 2021 wiederum die Landesregierung den Kommunen des Landes die Möglichkeit, die Parkgebühren selbstständig festzulegen. In der Folge erhöhte etwa die Stadt Freiburg ihre Anwohnerparkgebühr gleich um das Zwölffache: **Nicht mehr 30 Euro muss ein Anwohner dort nun für seinen Parkplatz zahlen, sondern satte 360 Euro!** Und dies ist lediglich der Anfang einer ungezügelten Teuerungswelle in anderen Städten des Landes.

Dass Anwohnerparkgebühren unvermittelt und in einem derartigen Ausmaß steigen, erscheint nicht verhältnismäßig. Augenscheinlich soll auf den Anwohner Druck ausgeübt werden: **Ihm wird das Halten und Fahren eines Autos so madig wie nur möglich gemacht.**

Gerade in Zeiten erhöhter Inflation sowie ausufernder Energie- und Lebensmittelpreise muss die Landesregierung mehr Fingerspitzengefühl an den Tag legen. Mehr denn je gilt jetzt: Die Bürger brauchen Entlastungen statt zusätzlicher Belastungen. Aber der Regierung ist auch in dieser Hinsicht der Blick für die Belange der eigenen Bevölkerung vollends abhandengekommen.

DIESELFAHRVERBOTE – DIE NÄCHSTE LUFTNUMMER!

Ein weiterer Nadelstich der Regierung gegen das Auto sind die Fahrverbotszonen für Dieselfahrzeuge, die in einigen größeren Städten Baden-Württembergs wegen vermeintlicher Luftverschmutzung drohten und in der Landeshauptstadt Stuttgart dann tatsächlich eingerichtet wurden. Dabei hat die Diskussion um schlechte Luft mit den Feinstaub-Werten angefangen: **Ursprünglich galt Feinstaub als der gefährlichste Luftschadstoff.** Inzwischen ist die Thematik Feinstaub abgelöst. Der Grund liegt darin, dass Elektro-Autos infolge ihres höheren Gewichts Feinstaub sogar in größerem Maß ausstoßen als mit Diesel betriebene Verbrenner-Fahrzeuge und die höchsten Feinstaub-Konzentrationen in U-Bahnhöfen vorkommen. Daher begründet die Landesregierung ihre Diesel-Fahrverbote nun mittels Stickoxid-Werten. Über den Stickoxid-Ausstoß wird gewissermaßen auf ein Alleinstellungsmerkmal des Dieselmotors abgehoben. Wie selbst das politisch weit links stehende Recherchezentrum „Correctiv" einräumen musste, haben Diesel-Autos schlichtweg das „Pech", dass genau ihre Schwachstelle der Indikator-Wert für gute Luft geworden ist.

Der Angriff auf die Dieselfahrzeuge ging also weiter – einzig das Mittel wechselte. Zudem wird versucht, das Thema Stickoxide zu dramatisieren und den Grenzwert für angeblich gesundheitsgefährdende Stickoxidbelastungen noch weiter nach unten zu drücken. Dabei wird die als kritisch festgesetzte Stickoxidkonzentration ebenso erreicht, wenn in der Wohnung eine Kerze brennt. Die Vernichtungskampagne gegen den Dieselantrieb ist also in gesundheitlicher Hinsicht weder konsistent noch glaubhaft.

Eine sauberere Luft lässt sich vielmehr im Zuge der „Flottenmodernisierung" ganz nebenbei realisieren: Der kontinuierliche Wechsel von ausgedienten Fahr-Zeugen auf neuere Modelle, welche strengere Abgasnormen erfüllen, reduziert das ohnehin geringe Abgasproblem stetig weiter. Dieser Austausch wäre sozial verträglich und käme der Autobranche wie auch den Autohaltern entgegen. Stattdessen will die Regierung das Verbrennerauto ohne Not gänzlich abschaffen und nur noch weitaus teurere, für viele Bürger unerschwingliche Elektro-Autos zulassen. **Dies ist für die AfD-Fraktion inakzeptabel. Wir fordern eine technikneutrale Antriebspolitik.**

Aus diesem Grund brachte die AfD-Fraktion jüngst parlamentarische Initiativen im Landtag ein, um die Aufhebung des Dieselfahrverbots zu erreichen. Indes sind infolge der fortgesetzten Verweigerungshaltung der Regierung weitere Schritte nötig, damit sie diese unrechtmäßige Maßnahme endlich beendet. **Unser Versprechen: Wir bleiben dran!**

WIR STEHEN HINTER DEN BÜRGERN UNSERES LANDES

Der Spielraum, in dem das Land Entscheidungen treffen kann, wird – schleichend und weitgehend unbemerkt – immer kleiner, weil Regelungskompetenzen an die EU gehen. Es ist unbegreiflich, dass sich die EU etwa in Grenzwerte für Emissionen einmischt; es sollten vielmehr die Bürger selbst entscheiden, welche Maßnahmen und Kosten ihnen welche Luftqualität wert ist. So büßt die Verkehrspolitik immer mehr an Bürgernähe ein. Problematiken werden von abgehobenen Politikereliten nur mehr durch ihre ideologische Brille betrachtet, losgelöst von jeglicher Vernunft. Das Resultat sind Entscheidungen, die an den Interessen der Bürger vorbeigehen. Gerade im Verkehrssektor wird dies deutlich: Der Kampf gegen den motorisierten Individualverkehr (MIV) ist ein Kampf gegen weite Teile der Bevölkerung. Das Auto ist gelebte Freiheit, Selbstbestimmtheit, Ausdruck von Lebensgefühl und bietet vor allem enorme Vorteile – nicht umsonst ist es das beliebteste Fortbewegungsmittel.

Dies einzusehen, sind unsere weltfremden Politiker längst nicht mehr in der Lage. Mit ihrem Volk verbindet sie wenig bis nichts mehr. Landes- und Bundespolitik findet heute in einem eigenen Kosmos statt, der nichts mehr mit der Lebensrealität der Bürger zu tun hat.

Im Ganzen betrachtet müssen im Verkehrssektor daher Parkhäuser kostengünstiger werden, um den Einzelhandel in den Städten zu unterstützen und wiederzubeleben. Vor allem jedoch muss der Sprit und damit der motorisierte Individualverkehr bezahlbar bleiben. Die Senkung aller Energiesteuern und der Mehrwertsteuer auf ein Minimum sowie der Abschaffung der CO2-Steuer wäre eine echte Hilfe für die Normalbürger.

Die AfD-Fraktion tritt als Sprachrohr der Bürger und als Korrektiv der Regierungspolitik auf. Sie verteidigt den Pkw – sie verteidigt Ihre Interessen.

Impressum:
V.i.S.d.P.: Dr. Thomas Hartung, AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart. Alle hier bereitgestellten redaktionellen Texte und Fotos dienen lediglich Informationszwecken und der freien Meinungsbildung über das aktuelle Zeitgeschehen. Weitergabe ausdrücklich erwünscht. Eine Rechtsberatung findet nicht statt. Redaktionsschluss 12/2022.
Die Redaktion erreichen Sie unter: **presse@afd.landtag-bw.de**

FRAKTION BW | AfD

Sie finden uns auch unter:

www.afd-fraktion-bw.de
facebook.com/AfDFraktionBW
instagram.com/afd.fraktion.bw/
twitter.com/AfDFraktionBW